



LEBENSMITTELVERBAND Deutschland

Lebensmittelverband Deutschland e. V. · Postfach 06 02 50 · 10052 Berlin

Bundesminister [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

Per Mail [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Lebensmittelverband
Deutschland e. V.
Food Federation Germany
Postfach 06 02 50
10052 Berlin
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin

Tel. +49 30 206143-0
Fax +49 30 206143-190
info@lebensmittelverband.de
lebensmittelverband.de

Büro Brüssel
Avenue des Nerviens 9–31
1040 Brüssel, Belgien
Tel. +32 2 508 1023
Fax +32 2 508 1025

Berlin, 25.08.2026

Aktuelle Diskussionen um die Eckpunkte einer Zuckersteuer

Sehr geehrter Herr Bundesminister, [REDACTED]

unabhängig von unserer, Ihnen bekannten grundsätzlichen Kritik an einer Zuckersteuer als staatliches Lenkungsinstrument, möchten wir mit Blick auf die heutigen, umfangreichen Medienberichte darauf hinweisen, dass sowohl mit dem derzeit in der Öffentlichkeit diskutierten, erheblich ausgeweiteten Anwendungsbereich einer „Zuckersteuer“ als auch mit der ausschließlich auf die Maximierung der Steuereinnahmen abzielenden Formulierungsleitlinie des Bundesministeriums der Finanzen das Vertrauen der Wirtschaft wie der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Glaubwürdigkeit der Politik der Bundesregierung immer massiver beschädigt wird.

Es wird auch öffentlich zunehmend deutlich, dass es der Bundesregierung bei dem Projekt einer „Zuckersteuer“ weder um die Förderung ernährungspolitischer oder gesundheitspolitischer Präventionsziele, sondern ausschließlich um die Maximierung staatlicher Steuereinnahmen geht, die ganz allgemein zum Stopfen von Löchern im Gesundheitsetat dienen sollen. Eine fachliche ressortübergreifende Diskussion um die Frage einer sinnvollen Ausgestaltung des Anwendungsbereiches scheint wohl auch mit Blick auf den vom BMF selbst geschaffenen Zeitdruck überhaupt nicht oder nur in Ansätzen stattzufinden oder von Teilen der Bundesregierung gar nicht gewollt zu sein. Auch eine saubere Folgenabschätzung zu den Kostenfolgen des vom BMF angestrebten umfassenden Ansatzes einer „Zuckersteuer“ (schon diese Bezeichnung ist ja eigentlich schon gar nicht mehr zutreffend) für die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher liegt unserer Kenntnis nach nicht vor, zumal der Staat durch die Zuckersteuer und die zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen gleich doppelt profitiert.

Wir halten daher mit Blick auf die „Zuckersteuer“ ein Moratorium für erforderlich, um sowohl innerhalb der Bundesregierung als auch mit den betroffenen Kreisen zunächst eine fachlich fundierte Diskussion führen und vor dem Treffen von übereilten sowie wirtschaftlich wie verbraucherpolitisch folgenreichen Entscheidungen eine saubere Folgenabschätzung durchführen zu können.



LEBENSMITTELVERBAND
Deutschland

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir als Lebensmittelwirtschaft stehen Ihnen und der Bundesregierung als Gesprächspartner, auch und gerade zu den wirtschaftlichen Folgen der vom BMF vorgeschlagenen Varianten gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Hauptgeschäftsführer